



2211 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates

XIII. Gesetzgebungsperiode

REPUBLIK ÖSTERREICH

DER BUNDESMINISTER FÜR INNERES

66.400/8-25/1973

1023 /A.B.

ZU 1046 /A.

Präs. am 16. Feb. 1973

A n f r a g e b e a n t w o r t u n g

Ich beehre mich, die Anfrage der Abgeordneten Dr. BLENK, HAGSPIEL, STOHS und Genossen, Nr. 1046/J vom 25. Jänner 1973, betreffend die Festlegung von Geräteschwerpunkten für Katastrophenfälle wie folgt zu beantworten:

Zu Punkt 1 der Anfrage:

"Halten Sie die Nichtberücksichtigung des extrem in topographischen und geographischen Sonderverhältnissen lebenden Bundeslandes Vorarlberg zur Festlegung der Geräteschwerpunkte für vertretbar?"

Antwort:

Das Bundesland Vorarlberg wird im Falle der Festlegung von Geräteschwerpunkten für Katastrophenfälle in einer vertretbaren Weise Berücksichtigung finden.

Zu Punkt 2 der Anfrage:

"Sind Sie bereit, im Zusammenwirken mit dem Arbeitskreis "Z" Ihres Ressorts die Liste der Geräteschwerpunkte unter Berücksichtigung der extremen topographischen Sondersituation Vorarlbergs neu überlegen und festzusetzen?"

Antwort:

Der Arbeitsausschuß "Z" (Zivile Landesverteidigung) hat sich bisher mit der Frage der Bildung von Geräteschwerpunkten für Katastrophenfälle noch nicht beschäftigt. In diesem Forum wurde lediglich, wie aus dem allen Ämtern der Landesregierungen übermittelten Protokoll zu ersehen ist, bei der letzten Tagung vom 21. bis 23. November 1972 im Bundesministerium für Inneres die Frage der Einrichtung einer zentralen Katastrophenkoordinierungs-

- 2 -

stelle erörtert, der beim Vorhandensein der erforderlichen finanziellen Mittel schwere Einsatzgeräte für Katastrophenbekämpfung im gesamten Bundesgebiet als Ergänzung des bei den Einsatzorganisationen vorhandenen Potentials zur Disposition gestellt werden sollen. Ein diesbezüglicher Beschluß wurde vom Plenum des Arbeitsausschusses "Z" gefaßt.

Sollten die Intentionen des Arbeitsausschusses "Z" realisiert werden, dann wird zweifellos der von allen Bundesländern beschickte Arbeitsausschuß "Z" das geeignete Forum sein, um die allfällige Verteilung der anzuschaffenden Geräte im Bundesgebiet zu beraten. In diesem Fall wird sicherlich die extreme topographische Sondersituation des Bundeslandes Vorarlberg berücksichtigt werden.

Die in der Anfrage zitierte Notiz der Vorarlberger Nachrichten vom 22. Dezember 1972 dürfte auf ein von mir bereits im November 1972 im Parlament in Gegenwart des Generaldirektors für die öffentliche Sicherheit, Sekt.Chef Dr. PETERLUNGER, gegebenes Interview zurückgehen, das am 27. November 1972 in der genannten Zeitung zum Abdruck gelangte. In diesem Interview habe ich bezüglich der Installierung der Vorarlberger Sprechstelle für die Ringleitung festgestellt, daß sich meiner Meinung nach der Sitz des Landesgendarmierkommandos, das einen Permanenzdienst hat, für die Installierung am besten eignen würde. Aus welchen Gründen die Vorarlberger Nachrichten dieses einzige Interview am 22. Dezember 1972 wiederholten bzw. ergänzten, weiß ich nicht.

13. Februar 1973

